

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870**

27.2.1870 (No. 50)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 27. Februar.

N. 50.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einsendungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat März der Karlsruher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit-  
telst höchster Entschliessung vom 22. Februar l. J. allergnädigst  
geruht, den königlich preussischen Secondelieutenant Strauß  
des Brandenburgischen Festungs-Artillerie-Regiments Nr. 3  
(General-Feldzeugmeister) auf sein unterthänigstes Ansuchen  
bis auf Weiteres zur Dienstleistung in das (1.) Leib-Drago-  
ner-Regiment zu kommandiren.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Säckingen, 26. Febr. Diesen Nachmittag 12 Uhr 18  
Minuten verspürte man hier einen kräftigen Erdstoß in der  
Richtung von Südwesten nach Nordosten unter eigenthüm-  
lichem Getöse.

† Paris, 25. Febr. In der heutigen Sitzung des Ge-  
setzgeb. Körpers beantwortete Minister Buffet die In-  
terpellation bezüglich der Maßregeln gegen die päpstlichen  
Münzen. Derselbe sagte: Es ist unmöglich, die Münzen  
des Kirchenstaates an unseren öffentlichen Kassen anzuneh-  
men. Die Zirkulation derselben in Frankreich beträgt unge-  
fähr 20 Millionen Franken. Jeder Frank hat einen Minde-  
rwerth von 9 Centimes. Der Staatschatz kann einen solchen  
Verlust nicht tragen. Die Interpellation blieb ohne weitere  
Folgen — Die Kammer vertagte sich darauf bis zum  
7. März.

### Deutschland.

München, 25. Febr. (A. Z.) Der k. Staatsminister der  
Finanzen, Hr. v. Freytag, ist heute nach Wien abgereist, um  
wie zu vermuthen steht, mit Hr. Grafen v. Bray wegen des  
Eintritts desselben in das Ministerium persönlich zu ver-  
handeln.

Dresden, 24. Febr. Das „Dresden Journ.“ veröffent-  
licht den Landtagsabschied. Unter den sanctionirten  
Gesetzen befinden sich das Preßgesetz, das Disziplinentgesetz,  
die Novelle zum Volksschulgesetz, betreffend Aufbesserung der  
Lehrergehälter. Unter den berücksichtigten ständischen Anträ-  
gen ist der von beiden Kammern angenommene Antrag auf  
Abbrüstung nicht mitaufgeführt, dagegen sagt der Landtagsab-  
schied zum Schluß, daß die Regierung sich bezüglich der uner-  
wähnten Anträge vorbehalten, solche in weitere Erörterung zu  
nehmen und nach Befinden das Erforderliche darauf zu ver-  
fügen.

Hannover, 24. Febr. Im 8. Wahlkreise wurde Er-  
leben (Partikularist) mit 77 Stimmen gegen Struckmann,  
welcher 69 Stimmen erhielt, zum Abgeordneten gewählt.

Hamburg, 25. Febr. Morgen erscheint die Einladung  
zur Subskription auf die Aktien der hier zu gründenden  
„Commerz- und Disconto-Bank“. Das Kapital  
dieselben beträgt 20 Millionen M.-B., in 100,000 Aktien  
à 200 M.-B. 10 Millionen davon kommen zunächst zur  
Ausgabe, 5 Mill. werden jedoch nur zur öffentlichen Zeichnung  
aufgelegt. Die mittheilungsbereiten Häuser sind Lieben-Königs-  
warter, M. Warburg u. Co. in Hamburg, C. H. Donner,  
Hesse Hermann u. Co. in Altona, Mendelssohn u. Co. in  
Berlin und B. H. Goldschmidt in Frankfurt a. M.

Berlin, 25. Febr. Sitzung des Reichstags vom  
24. Febr. Antrag Vasker's. (Berl. Bl. — Fortsetzung.)  
Bundeskanzler Graf Bismarck: Der Antrag ist mir uner-  
wünscht und ich halte ihn für einen politischen Fehler. Ich sehe es  
hier, wie schwer es in großen parlamentarischen Versammlungen ist,  
sich zu beschränken und nicht in die auswärtige Politik der Exekutive  
hinüberzugreifen. Man sollte es kaum für möglich halten, einen sol-  
chen Antrag ohne die geringste Rücksicht mit mir in diesem Hause  
zur Diskussion zu bringen. Der Antragsteller muß innigere Bezie-  
hungen zur badiischen Regierung haben, als ich.

Wenn der Antrag nur dahin gegangen wäre, der badiischen Regie-  
rung das Zeugniß öffentlich auszusprechen, daß der Hr. Antragsteller  
ihm hier ertheilt hat, und von dem ich wünschte, daß er es in der-  
selben Unparteilichkeit und Liebe auch der preussischen Regierung möchte  
zu Theil werden lassen, — dies zu bezwecken, hiesse Eulen nach Athen  
tragen. Die Haltung der badiischen Regierung, den Muth, den sie den  
Schwierigkeiten im Innern, wie dem Auslande gegenüber bewiesen hat,  
die Hingebung an die nationalen Zwecke, die sowohl Sr. Königl. Ho-  
heit der Großherzog wie der verstorbene Minister Mathy an den Tag  
gelegt haben, hier zu rühmen, haben wir kein Bedürfnis. Kommt es  
darauf an, der badiischen Regierung dieses Zeugniß von der kompe-  
tentesten deutsch-nationalen Versammlung ausstellen zu lassen, so un-  
terzeichne ich den Antrag und kann im Voraus versichern, daß bei der  
badiischen Regierung kein Zweifel darüber ist, daß die verbündeten Re-  
gierungen und ihr Präsidium dem Zeugniß aus vollem Herzen bei-  
stimmen.

Aber der Hr. Redner ging weiter. Er verwandelte in seinen Aus-  
führungen den Antrag in ein Misstrauensvotum gegen die bisherige  
auswärtige Politik des Bundes. Er hat ihn mit großer Entschieden-  
heit dahin erläutert, daß das Präsidium gedrängt werden solle, von  
seiner Befugniß, die ihm durch § 79 der Verfassung ertheilt wird, Ge-  
brauch zu machen, die dazu notwendige Grundlage sei in wenigen  
Wochen zu beschaffen. Ich erwidere ihm: Ich wünsche sie nicht.  
Wünscht man den Eintritt Badens in den Bund, so kann Niemand  
von uns denselben als einen definitiven Abschluß der deutschen Frage  
betrachten, sondern nur als das Mittel, zwischen Norddeutschland und  
dem gesammten Süden Deutschlands diejenige engere Vereinigung her-  
beizuführen, die wir alle erstreben, in welcher Form es auch sei, die  
ich aber dahin definiren möchte, daß wir die gemeinsamen Institutionen,  
über die wir uns in aller Freiwilligkeit einigen, ohne Drohung,  
ohne Zwang vorziehen, lieber noch ein Menschenalter zu war-  
ten. Es fragt sich, an welcher Stelle ist Baden — der einzige  
offizielle Träger des nationalen Gedankens unter den vier süd-  
deutschen Staaten — der nationalen Einigung überlassen, als ab-  
geschlossener Bestandteil des Bundes, ausgeschlossen aus dem Sü-  
den, oder als vermittelndes Element innerhalb der Verhandlungen, die  
der Süden in sich und mit dem Norddeutschen Bunde führt? Ich bin  
überzeugt, wenn Baden in seiner nationalen Pflege durch seine Regie-  
rung, durch seine Volksvertretung, ja durch die Majorität seines Vol-  
kes wie bisher fortfährt, daß es dann der Verwirklichung des nation-  
alen Gedankens als einzelner Staat im Süden nützlich ist, wie als  
ein Theil des Norddeutschen Bundes.

Vergegenwärtigen Sie sich die Frage in Bezug auf Bayern. Wenn  
wir nur mit Altbayern, Niederbayern und der Oberpfalz zu thun  
hätten, da würde die Hoffnung auf nationale Einigung viel weiter  
hinausliegen als jetzt, wo im bayerischen Lager abgetrennt von Bayern  
Freunde für uns wirken. Hätte man nicht 1866 den Gedanken haben  
können, aus den drei Franken ein Reich zu machen und dies einem  
national gestimmten Fürsten zu geben? Ob der zum Nordbunde oder  
Südbunde gehörte, wäre ganz gleichgültig gewesen — wäre dann aber  
nicht der Ueberrest für die deutsche Einheit verloren gewesen? Des-  
halb glaube ich, thun wir nicht gut, das Element, was der nation-  
alen Entwicklung im Süden am günstigsten ist, mit einer Barriere zu  
umgeben, gewissermaßen — wenn ich ein triviales Bild gebrauche, so  
schreiben Sie dies meiner Veltelung am landwirthschaftlichen Kon-  
gress zu — den Misthaufen abzuhäufen und das Uebrigste sauer werden  
zu lassen (Heiterkeit). Wir würden nicht nur die thätige und glückliche  
Wirkung verlieren, die Baden bisher auf den Süden übt, und in  
den lobender Anerkennung, wenn damit eine Ermuthigung, fortzu-  
fahren zu gewinnen ist, ich mich anheischig mache, den ersten Hr.  
Redner noch zu überreffen; ich will, wenn die badiische Regierung  
dadurch ermutigt wird, daß sie gelobt und gerühmt wird, mit dem  
Herrn Vordröner darin weitzusehen, um sie auf ihrem bisherigen Wege zu  
erhalten. Mit der Einverleibung Badens in den Bund würden wir einen  
sichtbaren Druck auf Württemberg und Bayern ausüben. Bei der  
dort nachstehenden Bestimmung wäre leicht zu befürchten, daß ein Rück-  
schlag erfolgte und durch eine vorläufige Aufnahme Badens in den  
Bund die Herbeiführung der vollständigen Einigung um fünf Jahre  
verzögert würde. Wäre das nicht sehr zu bedauern? Ja, wenn jetzt  
in Bayern noch eine neue Wahl stattfände — ob sie notwendig sein  
wird, weiß ich nicht, da ich nicht so genau wie der Hr. Antragsteller  
unterrichtet bin — wäre es nicht ein Verlust von wenigstens einer  
Wahlperiode, wenn wir der Partei, die dort die Majorität hat,  
irgendwelche scheinbar plausible Gründe einer Preßion in die Hand  
geben als Handhabe bei den Wahlmanövern, um die Abneigung ge-  
gen den Nordbund zu steigern?

Auf der andern Seite müssen wir die Wirkung betrachten, die die  
Einverleibung Badens auf das Großherzogthum selbst ausüben würde.  
Gegen den Bestwind würde es allerdings der Bund mit seinem  
Mantel schützen; aber auf die militärischen Möglichkeiten, die der  
Hr. Vordröner supponirt, lege ich überhaupt kein so großes Gewicht,  
daß ich deshalb Baden als eine Insel des Norddeutschen Bundes hin-  
stellen möchte. Aber wie liegt die Sache wirtschaftlich? Die Art,  
wie diese Seite berührt ist, zeigt, daß die Zumuthungen, die wir an  
die einzelnen Bundesgenossen stellen sollen, doch etwas hart sind.  
Wäre es nicht eine Härte, wenn Baden bezüglich der künftigen Bil-  
dung des Zollvereins nicht mehr die Freiheit der Entschliessung haben  
sollte? Würde man uns nicht für hart halten, wenn wir Baden im  
Zollverein befehlen und Hessen ausschließen — ein Fall, zu dem die  
Wahrscheinlichkeit nicht vorliegt, daß er eintreten wird. (Heiterkeit.)  
Ich habe nicht den Wunsch, ein Land von der geographischen Aus-  
dehnung Badens als eine Insel im Zollverein einzugehen. Mühen  
Sie mir das nicht zu. Thäten wir es, so würde das in Baden sicher  
eine Rückwirkung hervorrufen, und es würde dahin kommen, daß  
man den Bund als eine Quelle von Verdrüßlichkeiten bezeichnete.  
Käme deshalb jetzt an das Präsidium von Karlsruhe aus der An-  
trag auf Aufnahme Badens in den Bund, so würde ich im Interesse  
des Bundes und Badens sagen: „redus sie stantibus“ muß ich den  
Antrag ablehnen; ich werde Euch aber den Zeitpunkt bezeichnen, wo  
uns Eure Aufnahme im Gesamtinteresse Deutschlands und im In-  
teresse der Politik, die wir bisher — ich darf wohl sagen — nicht  
ohne Erfolg durchgeführt haben, angemessen erscheint.

Als ich den Antrag las, hatte ich das Gefühl, daß dem Hr. An-  
tragsteller zu Rathe sei, wie dem Heißsporn, den Shakespeare schildert,  
der, nachdem er ein halbes Duzend todgeschlagen hat, meint, daß noch  
gar nichts gethan sei. (Heiterkeit.) Auch dem Hr. Antragsteller schei-  
nen unsere bisherigen Schritte zur Einigung nicht zu genügen; er  
will, daß etwas geschehe. Aber unterschätzen Sie das wirklich Ge-

schehene nicht. Denken Sie zurück auf die Jahre vor 1848 und 1861,  
mit wie Wenigem wir damals zufrieden waren. Haben wir im Zoll-  
parlament in Bezug auf Süddeutschland nicht ein kostbares Stück  
nationaler Einheit erreicht? Ich kann dreißig behaupten: Uebt nicht  
das Präsidium des Norddeutschen Bundes in Süddeutschland ein Stück  
kaiserlicher Gewalt, wie es seit 500 Jahren, seit der Herrschaft der  
deutschen Kaiser nicht der Fall gewesen ist? Wo ist seit der Zeit der  
ersten Hohenstaufen ein unbestrittener Oberbefehl im Kriege und eine  
wirtschaftliche Einheit in den deutschen Landen gewesen? Unter-  
schätzen Sie das nicht, sondern genießen Sie einen Augenblick froh,  
was ihnen beschieden ist. (Heiterkeit.) Der Hr. Antragsteller sieht mit  
großer Bestimmtheit in der Aufnahme Badens den Anfang der Voll-  
endung des Bundes; ich sehe darin nicht bloß einen Anfang der Hem-  
mung, sondern einen ziemlich dauernden Hemmschuh des Weiter-  
arbeitens. Ich kann nur bitten, daß Sie der gegenwärtigen Leitung  
der auswärtigen Angelegenheiten des Bundes, der Sie namentlich beim  
Zustandkommen der Verfassung Vertrauen, mitunter in einer nicht  
beschämenden Weise bekundet haben, dieses Vertrauen nicht dadurch  
beweisen, daß Sie den Antrag annehmen. (Schluß folgt.)

\* Berlin, 25. Febr. Der Reichstag nahm heute in  
dritter Lesung das schleswig-holsteinische Pensionsgesetz an,  
stellte den Entwurf über das Indigenat im Norddeutschen  
Bunde zur zweiten Lesung im Plenum und verwies den Geset-  
zentswurf über den Unterstützungs-Wohnsitz, welchen der Bun-  
deskommissar für Hessen, Hofmann, verteidigt hatte, an eine  
Kommission von 21 Mitgliedern. — Die „Nord. Allg. Ztg.“  
dementirt in entschiedenster Weise die von mehreren Blättern  
verbreitete Nachricht, der französische Minister des Aeußern,  
Graf Daru, habe in Berlin über die Eröffnungsbrede des  
Reichstags interpellirt und habe befriedigende Erklärungen  
erlangt.

o Berlin, 25. Febr. Wie verlautet, werden Ihre Kaiserl.  
Hohelten der Großfürst und die Frau Großfürstin  
Michael von Rußland mit ihren Kindern demnächst von  
St. Petersburg nach Berlin kommen. Die hohen Herrschaften  
verbleiben hier einige Tage und begeben sich dann zu  
ihren erlauchten Verwandten nach Karlsruhe. Dort wird  
die Frau Großfürstin mit ihren Kindern längere Zeit ver-  
weilen, wogegen der Großfürst nach einigem Aufenthalt sich  
wieder auf seinen Statthalterposten nach dem Kaukasus begibt.  
In Schleswig-Holstein waren seit dem Jahre 1864  
sämmliche in Dänemark erscheinende Blätter verboten.  
Durch eine Entscheidung des Ministers des Innern ist neuer-  
dings dies Verbot wieder aufgehoben worden. Zugleich haben  
die Postämter in den Elbherzogthümern die Weisung erhalten,  
wieder Abonnements auf alle dänischen Blätter anzunehmen.

### Oesterreichische Monarchie.

† Wien, 25. Febr. Der französische Botschafter  
in Rom ist angewiesen — und vielleicht hat er im Sinne  
dieser Weisung bereits gehandelt — nach dem Vorgang  
Oesterreichs die römische Kurie in ersterer Weise von einem  
weiteren Vorgehen auf dem eingeschlagenen Wege abzumahnern.  
Ein Kollektivschritt ist nicht beabsichtigt, wenigstens für jetzt  
nicht.

### Italien.

— Die Nachrichten aus Rom, welche von der Wahr-  
scheinlichkeit einer Vertagung des Konzils sprechen,  
werden der „N. Pr. Ztg.“ zunächst als unglaubwürdig be-  
zeichnet: die Maßregel der Vertagung, welche von französi-  
scher Seite angeregt worden ist, hat, wie versichert wird, bei  
der Kurie nicht den mindesten Anklang gefunden.

\* Rom, 24. Febr. Heute Abend sind der Herzog und  
die Herzogin von Modena sowie der Prinz von  
Asturien hier angekommen.

### Frankreich.

\* Paris, 25. Febr. Das „Peuple français“ bringt eine  
Redaktionserklärung, wornach diejenigen Blätter durchaus  
im Irrthum seien, welche den Kaiser für die Anstalten ver-  
antwortlich machen, die das Blatt verteidigt. Das „Peuple“  
sei ein unabhängiges politisches Blatt. Mit der Haltung  
der Regierung in der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Kör-  
pers ist dasselbe sehr unzufrieden und erklärt, von nun an  
der konstitutionellen Opposition zu gehören. Ueberhaupt  
sprechen sich die seitherigen Regierungsorgane meist unzu-  
frieden oder doch sehr reservirt aus. Desto größere Befrie-  
digung geben die liberalen Organe verschiedener Schattirun-  
gen, wie „Liberté“, „Presse“, „Temps“ u. s. w., kund. —  
Nente 73.90, Cred. mob. 201.25, ital. Anl. 55.88.

### Belgien.

\* Brüssel, 24. Febr. Die Zahl der in Folge der letzten  
Angehörigkeiten aus Paris hier eingetroffenen Flüchtlinge  
beträgt 36; unter denselben befinden sich zwei Unteroffiziere  
der aktiven Armee. Flourens ist nicht in Brüssel; derselbe  
soll Paris gar nicht verlassen haben.

### Großbritannien.

London, 25. Febr. Bei der Parlamentswahl in Water-  
fort ist der liberale Kandidat Bernal Osborne in der Ab-  
stimmung gewählt worden, so daß also der „nationale“ oder

halbwegs senische Kandidat Smyth unterlag. Die Wahl begleiteten gewaltige Straßenstandale, zu deren Unterdrückung militärische Hilfe nötig war.

### Amerika.

Washington, 24. Febr. Der Senat nahm eine Resolution gegen weitere Vermehrung des Papiergeldes an.

### Badischer Landtag.

Karlsruhe, 26. Febr. 21. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Unter dem Vorsitz des ersten Vizepräsidenten Staatsrath Dr. Weigel.

Am Ministertisch: Ministerpräsident v. Dusch; Ministerialpräsident Ellstätter; Ministerialrath Turban, Ministerialrath Gerwig.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß Se. Durchlaucht Fürst von Leiningen in das Haus eingetreten sei. Das neue Mitglied wird sofort ordnungsgemäß beeidigt.

Sodann brachte der Vorsitzende Entschuldigungsschreiben des Präsidenten Geh. Rath Dr. v. Wohl und einiger Mitglieder, eine Anzahl Mittheilungen der Zweiten Kammer und das Einkommen von Petitionen von Redaktionsbüchern, die Erbauung einer Eisenbahn, und von Pforzheimer Bürgern, die Abänderung der Gemeindeordnung betr., zur Kenntniß des Hauses.

Geh. Rath Bluntzli übergibt eine Petition der Gemeinde Brechtthal, Straßenverbesserung betr., und zeigt die Vollendung des Berichts über das Gesetz, die Aufhebung der Schulpatronate betr., Generalmajor Graf v. Sponeck des Berichts über das Budget des Ministeriums des Innern an.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet Artaria den Bericht über den Gesetzentwurf, die Forterhebung der Steuern für den Monat März betr. Der Entwurf wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Es folgt sodann die Berathung des Budgets des Großh. Finanzministeriums für 1870/71 (mit Ausnahme Abth. I und II).

Artaria eröffnet als Berichterstatter die allgemeine Diskussion, indem er einige Punkte aus der Salinenverwaltung hervorhebt; der aufgetauchte Wunsch, diese Verwaltung in Privathände zu übergeben, verlange jedenfalls keine alsbaldige Erfüllung. Das Betriebskapital dieser Verwaltung sei 700,000 fl., die Einnahme derselben etwa 144,000 fl., so daß sich das Kapital sehr gut (etwa 20 Proz.) rentire. Endlich fragt derselbe an, in welcher Lage sich das Steinsalzlager in Wiehlen befinde.

Ministerialpräsident Ellstätter: In Wiehlen sei wirklich ein Steinsalzlager in der Mächtigkeit von etwa 42 Fuß erhoben worden; dasselbe sei noch Gegenstand der Untersuchung. Für Betrieb der Salinen durch den Staat spreche, daß ein öffentliches Interesse auf Versorgung der Bevölkerung mit Salz vorliege, daß ferner die einfache Salzherzeugung vom Staat ebenso gut wie von Privatleuten betrieben werden könne. Zu einem Verkauf könne aber, wenn das öffentliche Interesse gewahrt sei und ein entschiedener Vortheil sich biete, geschritten werden. — Die Rente, welche der Vorredner angeführt, werde sich wohl bei Aufrechnung mancher anderer Lasten vermindern.

Graf von Berlichingen bemerkt, daß die Begebung des zuletzt abgeschlossenen Anleihe nicht ganz im Einklange mit der Zusage der Großh. Regierung stehe, und bittet um Aufklärung.

Der Vorsitzende bemerkt, daß diese Sache in keinem Zusammenhang mit der jetzigen Vorlage stehe, und jedenfalls erst am Schluß dieser Budgetberathung verhandelt werden könne.

Das Budget der Salinenverwaltung wird hierauf angenommen.

Zu Ziff. IV, Zollverwaltung, bemerkt Artaria: Die Rübenzucker-Industrie sei durch die in letzter Zeit noch erhöhte Steuer und die Zollermäßigung auf Kolonialzucker schwer geschädigt worden; ebenso werde durch die Tabaksteuer der Tabakbau zum Nachtheil der ackerbauenden Bevölkerung vermindert.

Geh. Rath Dr. Bluntzli: Dieses Wortum gehört in das Zollparlament, dort seien diese Fragen für ganz Deutschland entschieden worden. — In Betreff der Zuckersteuer haben sich dort die Interessen des Handels und der Fabrikation gegenüber gestanden und in gewisser Beziehung ausgeglichen. Wenn Waghäusel sich nicht rentire, so ruhe es eben nicht auf guter Basis; im Norden gebe die Zuckerfabrikation auch unter den neuen Gesetzen. Im Tabakbau hätten wir, die wir hierfür viel bessere klimatische Bedingungen haben, uns Dem, was sich die nordischen Tabakproduzenten gefallen ließen, leicht fügen können. Nach der Natur der Dinge bleibe immer noch der pfälzische Tabakbau blühend und am günstigsten gestellt.

Artaria erwiedert, daß die Stände ihre Befürchtungen auch über Beschlüsse des Zollparlamentes, als Anhaltspunkte künftiger Verhandlungen, ansprechen dürften.

Ministerialpräsident Ellstätter schließt sich den Ausführungen des Geh. Rathes Bluntzli im Allgemeinen an. Seit Einführung der neuen Besteuerung habe die Rübenzuckerfabrikation nicht abgenommen; das schlechtere Gedeihen der Fabrik Waghäusel liege wohl mehr an der bisherigen Betriebsweise. Das Jahr 1869 habe ausgewiesen, daß nicht ganz 17,000 Mergen Tabak (statt früher 18,000) gebaut wurden, welche Verminderung sich aus den anfänglichen Befürchtungen erkläre; doch werde der Anbau bald wieder zunehmen, da im Uebrigen die Ergebnisse des Jahres günstig seien.

Dennig ist im Allgemeinen mit Geh. Rath Dr. Bluntzli einverstanden. Das schlechtere Gedeihen von Waghäusel hänge mit dem dortigen System der Rübenverarbeitung zusammen.

Artaria erwiedert, daß die Verhältnisse von 1869 noch nicht maßgebend sein könnten.

Geh. Rath Dr. Bluntzli hebt hervor, daß die Fabrikation im Norden rationeller sei.

Das Budget der Zollverwaltung wird hierauf angenommen.

Bei V. Münzverwaltung drückt Artaria den Wunsch nach einem einheitlichen deutschen Münzsystem auf Grund des Frankens aus.

Ministerialrath Gerwig: Baden könne für sich in dieser Frage nicht vorgehen; dieselbe sei übrigens bisher eingehend behandelt worden. Im norddeutschen Bundesrath sei eine auf Ordnung des Münzwesens gehende Enquete beschlossen worden, deren Resultat noch abzuwarten sei.

Dem Kommissionsantrag auf Genehmigung wird beigetreten, ebenso ohne Diskussion bei VI Katastervermessung, VII Allgemeine Kassenverwaltung und bei Großh. Finanzministerium eigentlicher Staatsaufwand.

Geh. Rath Dr. Herrmann fragt an, warum das Budget tropfenweise, nicht wenigstens immer das eines Ministeriums zusammen, berathen werde. Dadurch werde der Einblick in den Organismus gestört.

Dennig: Die Ueberflucht werde gegeben, wenn das ganze Finanzgesetz vorgelegt werde. Nur wenn vorher einzeln die Theile des Budgets getrennt verhandelt würden, sei die von den Ständen gewünschte Einsicht ins Detail möglich.

Geh. Rath Dr. Herrmann erklärt, daß durch diese Art der Verhandlung für ihn dieselbe sehr unfruchtbar werde.

Ministerialpräsident Ellstätter und Artaria: Aus der Vorlage des Gesamtbudgets und dessen Studium könne die Ueberflucht geschöpft werden.

Ministerialpräsident Ellstätter erwiedert auf die Interpellation des Grafen v. Berlichingen: Eine mündliche oder schriftliche Zusage, daß an's Publikum die Aufforderung ergehen werde, sich bei der Begebung des Anleihe zu melden, sei nicht, wie Manche behaupten, von der Regierung gegeben worden. In diesem Hause habe er nur erklärt, es werde ein Wink in der Karlsruher Zeitung gegeben werden, von wann an die Regierung in der Lage sei, Anerbietungen entgegenzunehmen. Ein solcher für die Geschäftswelt ganz verständlicher Wink sei in der Karlsruher Zeitung alsbald ergangen; daß er verständlich gewesen, habe sich darin gezeigt, daß sich alle Konkurrenten alsbald eingefunden haben. Die Regierung habe den vor Genehmigung des Gesetzes sich meldenden Bewerbern geantwortet: man werde zur Zeit auf die Anberaubung zurückkommen. Darin liege gewiß nicht die Verpflichtung, an Alle, die sich einmal gemeldet haben, zu schreiben. Die sich jetzt beschwerenden seien übrigens Alle da gewesen. Am Montag selbst sei das Anleihen nicht abgeschlossen worden und haben keine ernstlichen Verhandlungen stattgefunden. Eine Bekanntmachung, daß innerhalb gewisser Frist die Angebote geschehen könnten, sei unthunlich, da dadurch der Regierung die Hände gebunden würden. Wer auf den Wink in der Karlsruher Zeitung sich nicht alsbald beworben habe, sei eben nicht mit genügender Geschäftskennntniß begabt.

Graf v. Berlichingen: Ihm sei es einerlei, wer das Anleihen erhalten habe; er glaube aber, daß auf den Wink hin das Anleihen zu rasch abgeschlossen worden. Uebrigens halte er hiermit die Sache für abgethan.

Hierauf wird zur Erstattung und Berathung des Berichts des Kreis- und Hofgerichts-Direktors v. Hillern über den Gesetzentwurf, das Recht der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung an gefundenen und herrenlosen Sachen betr., übergegangen.

Der Berichterstatter verliest den Bericht: der Art. 1 des Gesetzeswürde die bestehende Gesetzgebung dahin, daß die Verwaltung der Verkehrsanstalten schon nach Ablauf eines Jahres Eigentümern der von ihr gefundenen Sachen werde, daß die öffentliche Bekanntmachung des Fundes nicht mehr notwendig sei, und daß die Eigentumsklage schon nach 1 Jahr erlösche. Die Kommission sei mit diesen 3 Aenderungen einverstanden, beantrage aber eine Redaktionsänderung, dahin gehend, daß nie länger als 3 Jahre vom Verluste an die Sache, bezw. ihr Werth zurückgefordert werden dürfen.

Der Art. 2, welcher unbestimmte Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltungen, deren Aufgeber nicht ermittelt werden kann, den gefundenen Sachen gleichstellt, mache zwar noch eine größere Aenderung am bisherigen Recht, entspreche aber den Verhältnissen des Lebens, weshalb die Kommission Annahme beantrage.

Zu der allgemeinen Diskussion ergreift Niemand das Wort. Zu Art. 1 wendet sich Ministerialpräsident v. Dusch gegen die vorgeschlagene Aenderung, obwohl der Vorschlag der Kommission korrekter und der Verwaltung günstiger sei, denn die Aenderung lohne nicht die nochmalige Zurückweisung an's andere Haus, zudem sei die Fristberechnung von der Veräußerung an leichter als die vom Funde an.

Kreis- und Hofgerichtsdirektor v. Hillern verteidigt den Kommissionsantrag, welche eine ohne inneren Grund vorgenommene Aenderung des gemeinen Rechts beseitige; nach dem Regierungsentwurf werde die Frist durch Hinausschiebung der Veräußerung für jeden Eigentümer verschieden.

Geh. Rath Dr. Bluntzli beantragt Wiederherstellung des Regierungsentwurfs, weil die Frage ohne praktischen Werth sei, und wendet sich gegen die Behauptung, daß die Verwaltung nach Ablauf eines Jahres Eigentümern werde. Bei Annahme des Regierungsentwurfs werde in der Regel der Verlierende den Erlös 3 Jahre lang seit dem Verluste zurückfordern können mit Zuschlag von einigen Wochen oder Monaten, um welche die Veräußerung, die ja im Interesse der Verwaltung liege, über das Jahr nach dem Funde hinausgeschoben werde.

Kreis- und Hofgerichtsdirektor v. Hillern bleibt bei seiner Ansicht stehen.

Ministerialrath Turban befürwortet den Antrag des Geh. Rath Dr. Bluntzli; der Artikel gehe ja bereits insofern von den Bestimmungen des Landrechts ab, als er den Tag des Fundes, und nicht des Abhandenkommens, wie das Landrecht, zum Anfangspunkt macht. Es sei auch ganz gerechtfertigt, dem Eigentümer, den man in diesem Gesetz in man-

chen Punkten härter behandle, nun auch einen kleinen Vortheil zu bieten.

Oberbürgermeister Malsch spricht sich in gleichem Sinne aus.

Frhr. v. Rüdiger fragt an, ob nicht die einem schnellen Verderb ausgesetzten Gegenstände vor dieser Frist veräußert werden dürften, und ob, wenn Dritte in den Wagen die Sachen finden, dieselben Grundstücke gelten.

Ministerialpräsident v. Dusch: Die Eisenbahnverwaltung dürfe als Geschäftsführer verderbliche Gegenstände auch ohne besondere Gesetzesbestimmung veräußern; Dritte werden sich nach dem Landrecht zu benehmen haben.

Geh. Rath Dr. Herrmann ist für den Kommissionsantrag, welcher dem gemeinen Recht des Landes am meisten entspreche.

Nach Erwiderung des Ministerialpräsidenten v. Dusch, und nachdem nochmals der Bericht stattdes den Kommissionsantrag vertheidigt hatte, wird Art. 1 nach dem Kommissionsantrag, ebenso Art. 2 und 3, und bei namentlicher Abstimmung das ganze Gesetz einstimmig angenommen.

Hierauf erstattet Kreis- und Hofgerichtsdirektor v. Hillern Bericht über die Bitte einiger Gemeinden der Amtsbezirke Radolzell und Stodach um Errichtung einer Expeditionsstelle in Rickelshausen. Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Kenntnißnahme. Frhr. v. Bodmann beantragt die empfehlende Ueberweisung, indem er die Petition warm befürwortet.

Ministerialpräsident v. Dusch ist mit der Ueberweisung zur Kenntnißnahme einverstanden und verspricht, Erhebungen bezüglich Errichtung der Station zu machen, zu welcher aber wohl die Gemeinden einen Beitrag zu liefern hätten.

Nach Erwiderung des Frhrn. v. Bodmann wünscht Graf v. Berlichingen, daß die Petition zur Erhebung des Materials der Eisenbahnbau-Kommission überwiegen werde.

Artaria und Geh. Rath Bluntzli befürworten den Kommissionsantrag, welcher hierauf angenommen wird.

Kreis- und Hofgerichtsdirektor v. Hillern erstattet weiter Bericht über die Bitte von Angestellten der Zivil-Staatsverwaltung um gefühlige Regelung ihrer Anstellungs- und Pensionsverhältnisse. Die Kommission beantragt, weil die Petenten nicht legitimirt seien, Uebergang zur Tagesordnung, welchem Antrag beigetreten wird.

Derselbe Berichterstatter berichtet über die Bitte des Vereins der badischen Rathschreiber um Besserstellung; der Antrag der Kommission, diese Eingabe der Gemeindeverwaltungs-Kommission zuzuwenden, wird ohne Diskussion angenommen.

Staatsminister Dr. Jolly ist während der Zeit eingetreten. Kreis- und Hofgerichtsdirektor v. Hillern berichtet hierauf über die Petitionen, die Zulassung der mit dem Zeugniß der Reife aus der 6. Klasse der höhern Bürgerschulen Entlassenen zum einjährigen Freiwilligendienst betr. Die Kommission stellt den Antrag, die Petitionen der Regierung empfehlend zu überweisen.

Staatsminister Dr. Jolly: Das andere Haus habe einen gleichen Antrag angenommen, sei aber hierbei davon ausgegangen, daß die Gymnasialbildung die Regel sein und nur gewissen höheren Bürgerschulen, von denen die Erfüllung ähnlicher Leistungen zu erwarten sei, das Recht, zum Freiwilligendienst zu befähigen, gegeben werden solle. Wenn letzteres auch die Ansicht der Kommission sei, so stimme er diesem Antrag zu. Diese Auffassung sei aber ganz notwendig, da unsere Bürgerschulen ungemein verschieden geartet seien und nur gewissen dieser Anstalten, die die Bedingungen höherer Bildung erfüllten, wichtige Rechte zukommen dürfe.

Kreis- und Hofgerichtsdirektor v. Hillern, Prälat Dr. Holzmann und Geh. Rath Dr. Herrmann erklären, die Kommission wolle ihren Antrag in dieser Weise verstanden wissen.

Der Kommissionsantrag wird hierauf angenommen und die Sitzung geschlossen.

Karlsruhe, 25. Febr. 62. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

In der heute Nachmittag 4 Uhr wieder eröffneten Sitzung wurde mit der Berathung des Eisenbahnbau-Budgets für 1870 und 71 fortgefahren.

Zu § 9. Eisenbahn von Schwackenreuth nach Pfullendorf, wofür ins Budget für 1870/71 1,200,000 fl. aufgenommen worden sind, bemerkt Abg. Heilig, daß dies keine bloße Lokalbahn sei, sondern ein Theil der nach München fortzuführenden Bahn, welche auch den Verkehr unserer Rheintal-Bahn heben werde. Die Position wird genehmigt, ebenso § 20.

Zu § 21. Eisenbahn von Krauchenwies nach Sigmaringen, wofür 800,000 fl. für 1870/71 gefordert werden, erklärt:

Ministerialpräsident v. Dusch: Durch die 1871 vollendete württembergische Bahn über Mengen und Scheer nach Sigmaringen werde ebenfalls eine etwas weitere Verbindung zwischen Reßkirch und Sigmaringen hergestellt; die preussische Regierung sei daher gebeten worden, die durch den Staatsvertrag von 1865 geschaffene Verpflichtung zu einer direkten Bahn von Krauchenwies nach Sigmaringen zu erlassen, dieselbe habe aber, sich auf die Stimmung des hohenzollern'schen Landes berufend, erklärt, diesem Begehren nicht Folge geben zu können. Man müsse hoffen, daß in Hohenzollern die Einsicht über die Ueberflüssigkeit dieser Bahn noch zum Durchbruch komme. Uebrigens müßten wir auch trotzdem die Bahn bauen, weil sie zur Speisung der oberen Rheintal-Bahn notwendig sei.

Sämmtliche übrigen Positionen werden genehmigt. Hierauf folgt Tit. II. Eisenbahnbetriebs-Verwaltung. § 1. Definitive Hochbauten und Herstellungen.

Zu Ziff. 2. Rangirbahnhof und Anschluß der Schwesinger Bahn in Heidelberg, bemerkt

Abg. Blum, daß der Heidelberger Bahnhof weder für den Personen- noch den Waarenverkehr genüge. Der Rangir-

gishofen wohl mehr dem Eisenbahnpersonal als dem Handel in Heidelberg zu Gute kommen. Es gehe der Wunsch des Handelsstandes dahin, wenigstens einen neuen Ab- und Ausladeplatz dort zu erhalten, überhaupt sei der Bau eines neuen Bahnhofes in Heidelberg notwendig.

Ministerialrath Poppen: Die Darstellung des Vorberaters sei richtig. Man werde Abhilfe leisten, so weit die Mittel reichen. Dies geschehe durch Herstellung des Rangirbahnhofs; hierdurch werde der Güterverkehr erleichtert und überhaupt im Heidelberger Bahnhof Luft gemacht.

Dieser Posten wie die fernern werden genehmigt bis Pos. 13, Einsteigehalle in Appenweier (82,500 fl.), wozu Abg. Lender bemerkt, man werde mit Errichtung dieser Einsteigehalle wohl bis dahin warten können, bis über die Petition um Errichtung einer direkten Bahn von Rehl nach Baden beschlossen sei.

Ministerialpräsident v. Dusch: Die Einsteigehalle sei unter den jetzigen Umständen notwendig, auch wenn der Verkehr sich durch etwaigen Bau jener Bahn vermindern sollte.

Hierauf wird diese Position und die folgenden angenommen. Zu Pos. 16, Personalfeststellung in Rönningen, 10,000 fl. (wozu die Gemeinden 2000 fl. zuschießen sollen), bemerkt Abg. Frank: Es sei sehr erfreulich für die beteiligten Gemeinden, daß endlich, wenn auch nicht eine Güterhaltstelle, so doch eine Personalfeststellung in Rönningen errichtet werde; aber es sei doch zu hart, daß die Gemeinden zur Herstellung der Personalfeststellung 2000 fl. beitragen müßten, besonders da die Gemeinde Rönningen den ganzen Betrag allein zahlen müßte. Redner stellt den Antrag, daß auch diese 2000 fl. auf die Staatskasse genommen, eventuell, daß jedenfalls die hieraus der Eisenbahnbetriebs-Kasse zu zahlenden 10,000 fl. zuerst verwendet würden.

Abg. v. Kottel unterstügt diesen Antrag.

Berichterstatter Abg. Hummel: Die Kommission überlasse die Erklärung über diesen Antrag der Regierung, da sie über die Verhältnisse keine Information habe.

Ministerialrath Poppen: Die Herstellung der Personalfeststellung in Rönningen erfordere bedeutende Berechnung des Terrains. Es sei fast überall, wo solche Stationen erst während des Betriebs hergestellt würden, Uebung, daß ein Beitrag von den Gemeinden gefordert werde. Der Beitrag sei nicht zu hoch, die Zusicherung, daß erst nach Verwendung der 10,000 fl. die andern 2000 fl. an die Gemeinde gefordert werden, unerheblich.

Abg. Schupp hält eine Personen- und Güterhaltstelle in Rönningen für wünschenswerth, wie eine solche überhaupt für die von der Bahn durchschnittenen Gemeinden nach den Grundrissen des neuern Eisenbahnbetriebs regelmäßig eingeführt werden solle.

Abg. Frank erinnert daran, daß sein Wahlbezirk Emmendingen nichts an Landstraßen erhalten habe und im Interesse des gerechten Ausgleichs schon auf seinen Antrag eingegangen werden müsse.

Abg. Kölle glaubt, daß man dem eventuellen Antrag des Abg. Frank ganz anstandslos beitreten könne.

Hierauf wird der erste Antrag des Abg. Frank angenommen.

Ministerialpräsident v. Dusch: Dann müsse die ganze Budgetbewilligung um 2000 fl. erhöht werden.

Abg. Lamey: Eine Erklärung zu Protokoll werde genügen, wodurch eine derartige Budgetüberschreitung zum Voraus gebilligt werde.

Damit ist das Haus einverstanden. Die übrigen Positionen angenommen.

Bei § 7 (Erbauung von Wohnungen für niedere Bedienstete in größeren Städten) fordert die Regierung von einem Gesamtaufwand von 2,800,000 fl. für die Jahre 1870/71 700,000 fl.; die Kommission beantragt, hiervon nur 25,000 fl. zu bewilligen für die Bediensteten in Lauda wegen der dortigen Wohnungsnoth.

Ministerialpräsident v. Dusch: Aus zwei Gründen besonders sei diese Forderung für Bedienstetenwohnungen gemacht worden, einmal aus Rücksicht auf die sozialen Zustände in den größeren Städten, welche auch andere ausgebehnte Unternehmungen zur Herstellung von Wohnungen der Bediensteten veranlaßt hätten, und aus Rücksicht auf das dienstliche Bedürfnis, daß die Bediensteten beständig anwesend seien. Dabei habe man nicht allen Bediensteten diese Wohnungen gewähren wollen. Er wolle, da wenigstens dem dringendsten Nothstand durch Bewilligung von 25,000 fl. abgeholfen sei, obwohl er die Entscheidung der Kommission bedauere, nicht auf der Forderung bestehen; doch glaube er, daß wenigstens für die Bahnhofwärter eine Summe von 120,000 fl. zu diesem Zweck ausgeworfen werden sollte.

Abg. Kuel: Hier handle es sich weniger darum, den betreffenden Dienern eine billige Wohnung zu verschaffen, als im Interesse der Bahnverwaltung zu bewirken, daß die Bediensteten beständig bei der Hand sind. Eine Spekulation beabsichtige die Regierung nicht. Wenn man auch heute die Frage bei Seite lege, so werde man doch bald wieder darauf zurückkommen. Es könne ja mit dem Bauaufwand etwas heruntergegangen und von den Bediensteten selbst eine Miethentschädigung erhoben werden. Immerhin aber seien die von der Regierung gegebenen Nachweisungen nicht so, daß die Budgetkommission eine Entscheidung habe treffen können.

Ministerialpräsident v. Dusch: Die Regierung könne jetzt noch keine Nachweisungen vorlegen; die Kammer müsse eben das Vertrauen in die Regierung haben, daß die Mittel gut zum Zwecke verwendet würden.

Abg. Kirchner: Aus Mangel an Vertrauen gehe der Beschluß der Budgetkommission nicht hervor; sondern sie habe die Verantwortlichkeit nicht übernehmen wollen, diese Position ohne genaue Erhebungen zur Annahme zu empfehlen. Man möge daher noch zuwarten, bis die Sache besser aufgeklärt sei.

Ministerialrath Poppen hebt hervor, daß insbesondere für die Bahnhofwärter Dienstwohnungen notwendig seien und in dieser Beziehung Bedürfnis, Umfang, Art und Weise der Befriedigung vollständig aufgeklärt sei. Diese Leute müßten jetzt

oft nach ihrem schweren Dienst noch stundenweit nach Hause gehen; sie bekämen auch jetzt schon eine Miethentschädigung; ohne Dienstwohnung seien diese Leute in den größeren Städten kaum mehr zu halten. Man möge daher wenigstens für diese Bahnhofwärter einen Betrag für Dienstwohnungen auswerfen.

Abg. Nicolai befürwortet ebenfalls die Bewilligung für den letzten Zweck; schon die soziale Frage dränge auf derartige Bewilligungen für Dienstwohnungen. Der Staat als Arbeitgeber müsse wie andere Unternehmer den Bediensteten durch Erleichterung der Wohnungsnoth an sich ketten. Auch seien die Voranschläge wenigstens so weit gebieter, daß man 230,000 fl. oder wenigstens das für die Bahnhofwärter Nothwendige bewilligen könnte.

Abg. Kirchner: Die Budgetkommission könne nur insofern derartige Positionen, welche den Nothstand unvermeidlicher Leute vermindern sollten, bewilligen, als es im Verhältniß zu den Steuerkräften des Landes stehe. Wenn die Regierung der Kommission diese Lage der Bahnhofwärter dargestellt hätte, so würde sie wohl auf Bewilligung der hierfür erforderlichen Summe angetragen haben.

Abg. Kölle stellt den Antrag, daß die Position nochmals an die Budgetkommission zurückgewiesen werde, um zu prüfen, ob nicht für die Dienstwohnungen der Bahnhofwärter in den größeren Städten ein Betrag bewilligt werden solle.

Ministerialpräsident v. Dusch empfiehlt diesen Antrag.

Abg. Lamey: Das dienstliche Bedürfnis, das Bedürfnis der Bediensteten nach billigen Wohnungen und die Arbeiterwohnungsfrage seien in dieser Berathung durcheinander geworfen worden. Er sehe nicht ein, warum diesen Bediensteten besondere Häuser, die sie nicht eigenthümlich erwerben, und Gärten, die sie nicht bebauen könnten, mit besonders hohen Mitteln hergestellt werden sollten. Wenn Wohnungen diesen Bediensteten, wogegen er nichts habe, hergestellt werden sollten, so sei er für den Kasernenbau als das bequemere und billigere.

Ministerialpräsident v. Dusch: Die Regierung sei noch gar nicht entschieden, ob sie solche Einzelbauten zu diesem Zweck errichten wolle, sondern werde, wenn es billiger sei, den Kasernenbau durchführen.

Abg. Kirchner vermahnt sich dagegen, daß nach Annahme des Antrags Kölle die Budgetkommission gleichsam den Auftrag erhalte, den Voranschlag für diese Dienstwohnungen selbst zu erheben. Man kann ja warten, bis die Groß-Regierung neue Vorschläge und Nachforderungen mache.

Ministerialpräsident v. Dusch befürwortet nochmals den Antrag des Abg. Kölle.

Abg. Kiefer: Die Regierung müsse jetzt von neuem unter Zurückziehung der Bautechniker die Initiative ergreifen und die Sache wieder vor das Haus bringen, damit der so aufgeklärte Gegenstand in der Budgetkommission berathen werden könne.

Abg. v. Feder gibt eine praktische Andeutung über den Bau dieser Wohnungen.

Abg. Hummel als Berichterstatter begründet nochmals den Kommissionsantrag; der Antrag des Abg. Kölle sei zwecklos, da über diese Vorlage die Kommission schon berathen habe, und die Stimmung des Hauses für ein entsprechendes Projekt aus dieser Berathung hinlänglich klar hervorgehe.

Abg. Winter macht darauf aufmerksam, daß die neu erbauten Arbeiterwohnungen in Freiburg ein auch durch den Preis empfehlenswertes Muster dieser Bedienstetenwohnungen seien.

Abg. Kölle zieht seinen Antrag zurück in der Hoffnung, daß die Regierung eine solche Vorlage noch diesem Landtage machen werde.

Ministerialpräsident v. Dusch kann nicht versichern, diese Erwartung noch auf diesem Landtage zu erfüllen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen, ebenso der weitere Posten.

Zu Pos. 14, Lasten und Verwaltungskosten (20,000 fl.) bemerkt Abg. Kober, ob nicht überhaupt der Grundriss durchaus aufgestellt werden wolle, daß die Gemeinden keine Beiträge zu den dort errichteten Stationen mehr geben sollten (so bei den Stationen St. Jigen, Mauer, Eimeldingen, Niederhopsheim). Redner stellt einen dahin gehenden Antrag für letztere Station.

Ministerialpräsident v. Dusch: Der Antrag des Abg. Kober kommt jedenfalls jetzt, da über diese Positionen schon berathen sei, zu spät. Im Interesse der Verwaltung, um nicht mit Gesuchen überschwemmt zu werden, liege es, an dem Grundriss festzuhalten, daß die nicht schon durch das Interesse der Verwaltung selbst gebotenen Stationen nur, wenn die Gemeinden dadurch, daß sie sich zu einem Beitrag erbieten, ihre Nützlichkeit darthun, gebaut würden.

Abg. Lamey hält ebenfalls die Diskussion für verspätet.

Abg. Kober zieht seinen Antrag zurück. Hierauf wird der Schlufantrag der Kommission, für den Neinaufwand der Eisenbahnbau-Verwaltung für 1870/71 16,495,838 fl., unter Zuschlag der bei § 18 vom Hause bewilligten 50,000 fl., und für die Ausgaben der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung für 1870/71 7,155,492 fl. zu bewilligen, angenommen.

Der Berichterstatter Abg. Hummel erstattet hierauf Bericht über eine Anzahl von Petitionen verschiedener Gemeinden, Eisenbahnen betreffend; an der Diskussion beteiligten sich die Abgg. Huffschild, Kiefer, Bissing und Ministerialpräsident v. Dusch. Die Anträge der Kommission, die Petitionen, soweit sie nicht durch Bewilligung erledigt sind, der Regierung zur Kenntnisaahme zu überweisen, werden angenommen.

Schluf der Sitzung.

† Karlsruhe, 26. Febr. Aus den beiden heutigen Sitzungen der Zweiten Kammer, über welche näher Bericht nachfolgt, bemerken wir, daß der Gesetzentwurf, den Betrieb der Wirthschaften und den Kleinhandel mit geistigen Getränken betr., nach der Fassung der Ersten Kammer, jedoch mit einigen von der Kommission vor-

geschlagenen Abänderungen, mit allen gegen drei Stimmen angenommen wurde.

#### Vermischte Nachrichten.

— Berlin, 24. Febr. Das Gerücht von dem gestern früh in St. Petersburg erfolgten Tode des Ministers Burlingame bestätigt sich; er war erst vor wenigen Tagen an einer schweren Lungenentzündung erkrankt und hatte seinen zweiten Sohn nachkommen lassen, der Älteste hatte ihn von hier nach St. Petersburg begleitet.

#### Badische Chronik.

\* Pforzheim, 25. Febr. Bezüglich der neuen Fabrikordnung hat eine Vereinbarung der Fabrikanten und des Ausschusses des Gewerksvereins der Goldarbeiter hier noch nicht stattgefunden. Ihr Blatt hat bereits berichtet, daß das Aufgeben des bisherigen früheren Arbeitschlusses am Samstag Nachmittag den Freitag Punkt bildete. Auf den Beschluß der Fabrikanten, daß gegen das Zugeständnis einer 10stündigen statt der bisherigen 11stündigen Arbeitszeit am Samstag wie an andern Tagen gearbeitet werden müsse, hat nämlich eine Versammlung von etwa 2000 Arbeitern beschlossen, auf der bisherigen Uebung am Samstag zu bestehen, dagegen soll die Arbeitszeit vom 1. März bis 1. April von 7 Uhr Morgens bis Eintritt der Nacht; vom 1. April bis 1. Oktober von 6 bis 6 Uhr; vom 1. Oktober bis 1. November von 7 Uhr Morgens bis Nacht und vom 1. November bis 1. März von Morgens 8 Uhr bis Abends 7 Uhr dauern. Am Samstag soll vom 1. März bis Nov. um 1/2 Uhr und im Winter bei einbrechender Dunkelheit Feierabend gemacht werden. Hierbei käme, wie ausgeführt wurde, auf den Tag eine durchschnittliche Arbeitszeit von 10 Stunden 18 Minuten.

Eine zweite, am letzten Montag abgehaltene Versammlung der Fabrikanten beschloß hierauf, auf der 10stündigen Arbeitszeit zu beharren, dagegen aber zuzugeben, daß am Samstag eine halbe Stunde früher als an andern Tagen Feierabend gemacht werde. Auch wurde das Ausgehen der sog. Kommissionäre zum Herbeischaffen von Erfrischungen in bedingter Weise zugegeben.

Freiburg, 25. Febr. (Freib. Bl.) In den Räumen des hiesigen Stadttheaters fand heute Vormittag eine schöne Feier statt: Hr. Löwe, der künstlerische Leiter unserer Bühne, beging das Jubiläum 25jähriger theatralischer Wirksamkeit. Schon Morgens begab sich eine Deputation in die Wohnung des Jubilars. Hier begrüßten ihn hervorragende Opernmitglieder mit einem weihenollen Quartettgesang, worauf man zum Theatergebäude sich begab: Auf festlich geschmückter und erleuchteter Bühne hatte hier inzwischen das gesammte Theaterpersonal sich versammelt. Hr. Zsch empfing den Jubilar nach donnerndem Lufsch des Orchesters mit einer Ansprache, worauf die Ueberrückung der auf einem schön geschmückten Altar aufgestellten Festgeschenke folgte, bestehend in einem prachtvollen silbernen Pokal und einer geschmackvollen silbernen Tabatiere, welche der Jubilar mit warmen Worten des Dankes entgegennahm. Abends versammelten sich sämtliche Festgenossen bei gemüthlichem Souper in der Flurerischen Restauration.

4 Schopfheim, 25. Febr. In öffentlichen Blättern ist ein die hiesige Sparkasse nahe berührender Vorgang in einer Weise kommentirt worden, welche den thatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Schon der Umstand, daß der Redner — welcher sich bei ungetheilten Vertrauens und der allgemeinen Achtung zu erfreuen hat — bereits wenige Tage nach seiner Abreise aus freien Stücken wieder zurückkehrte, zeugt gegen die Annahme, daß es sich um ein beträchtliches Plank in der Kasse gehandelt haben könne, und wir hören mit Befriedigung, daß eine sorgfältige Durchsicht der Geschäftsbücher ein durchaus wünschenswerthes Ergebnis herbeigeführt habe. Der ungetriebene Fortbestand der hiesigen Sparkasse, welche seit einer Reihe von Jahren eine legendäre Wirksamkeit entfaltet, wird daher auch für die Zukunft gesichert sein.

Am vorigen Montag Nacht ist dem Vernehmen nach dem zwischen hier und Todtnau kursirenden Postomnibus außerhalb der Stadt Zell ein Unfall widerfahren, der glücklicher Weise von keinen erheblichen Folgen begleitet war. Bei dem heftigen Schneesturm und bedecktem Himmel kam der Wagen von der Straße ab und warf um. Keiner der Reisenden wurde dabei beschädigt. Den Bedürfnissen des Verkehrs dürfte es genügen, wenn während des Winterdienstes der mit dem Zug 207 korrespondirende Omnibus nur bis Zell geleitet würde.

Frankfurt, 26. Febr., Nachm. Oesterr. Kreditaktien 259%, Staatsbahn-Aktien 361, Silberrente 58 1/2, 1868r Loose 79, Amerikaner 95 1/4.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 27. Febr. 1. Quartal. 34. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: Der Goldonkel, Posse mit Gesang in 3 Akten und 7 Bildern, von Emil Pohl. Musik von Conradi.

Dienstag 1. März. 1. Quartal. 35. Abonnementsvorstellung. Faschingsvorstellung. Vormittags 1/2 11 Uhr. Zum ersten Mal wiederholt: Der Goldonkel, Posse mit Gesang in 3 Akten und 7 Bildern, von Emil Pohl. Musik von Conradi.

#### Theater in Baden.

Mittwoch 2. März. Die Nachtwandlerin, Oper in 3 Akten, von Bellini.

#### Wichtig für Jeden.

Von den vielen Attesten und günstigen Berichten über die heilsamen Wirkungen der Hoffschen Malz-Fabrikate führen wir hier nur folgende an: der Gubernialrath Professor Dr. Sporer in Abbazia sagt: Schon sah ich besorgt einer Lungenlähmung entgegen, als Ihre wunderbar kräftigende Malz-Heilungs-Chocolade und Brust-Malz-Bonbons mir nach längerem Gebrauch meine Kräfte wiedergaben. — Und ferner Dr. Weinschenk, Oberarzt des Invalidenhauses in Stolp (Preußen): Die Hoffschen Brust-Malz-Bonbons haben sich bei katarrhalischen Brust- und Halskrankheiten vorzüglich bewährt.

Liebhaber einer wirklich feinen und dabei höchst billigen Cigarette wollen das Inzerat der Cigarettenfabr. Friedrich & Co. in Leipzig in heutiger Nummer dieses Blattes beachten und sich der solidesten und besten Bedienung versichert halten.

2391. Eschweiler. Seit Abend gegen 7 Uhr verschied ganz unerwartet, aber sanft nach zweitägigem Krankenlager an einem Leberleiden, unser theurer Vater, Schwiegervater und Großvater, der pens. Amtskassirer Gottfried Eppelin von Lichtenthal, im beinahe vollendeten 81. Lebensjahre, in Eschweiler, wo er zum Besuche seiner jüngsten Tochter war. Eschweiler, den 24. Februar 1870. Pauline Kroher, geb. Eppelin. Emma Frank, geb. Eppelin. Hugo Eppelin. Christian Frank.

2314. Gengenbach. Stelle für eine Industriellehrerin. An der hiesigen Industrieschule, an welcher künftig der Unterricht systematisch erteilt werden soll, ist die Stelle der Lehrerin zu besetzen. Das jährliche Einkommen besteht: 1) In freier Wohnung; 2) in 6 Kisten Holz, womit jedoch auch das Schulzimmer zu heizen ist; 3) in einem festsitzenden Gehalte von 200 fl. Die betreffende Lehrerin soll auch die Befähigung zum Unterricht in der französischen Sprache und in der Musik, insbesondere im Klavierspielen, besitzen, um Privatunterricht geben zu können, dessen Ertrag, der auf mindestens 100 fl. jährlich angeschlagen werden kann, selbstverständlich der Lehrerin gebührt. Bewerbungen unter Anschließung der Zeugnisse über Gemüth und Befähigung sind binnen 3 Wochen beim katholischen Ortschulrath einzureichen. Gengenbach, den 19. Februar 1870. Der kath. Ortschulrath. K e l.

245. Nr. 169. Konstantz. Erledigtes Reise-Stipendium. Bei der Größlich von Wolfegg'schen Stiftung zu Konstantz ist ein Reise-Stipendium, im Betrage von 500 fl., für inländische katholische Studierende aller wissenschaftlichen und technischen Fächer, welche das Staats- und Doctor-Examen abgelegt haben, zu vergeben. Diejenigen, welche sich um dieses Reise-Stipendium bewerben wollen, haben ihre Bittgesuche mit den erforderlichen Studien- und Sittenzugnissen binnen 4 Wochen bei unterfertigter Stelle einzureichen. Konstantz, den 3. Februar 1870. Verwaltungsrath der Distriktsstiftungen. Lang. L. Reiner. Pfaff. Boldebrauer.

247. Nr. 170. Konstantz. Erledigtes Stipendium. Ein vor Domkaplan Joachim Janus gestiftetes und beim Episcopaleon dahier beruhendes Stipendium von jährlich 62 fl. ist in Erledigung gekommen. Dieses Stipendium ist nach dem Willen des Stifters zum Studium der Theologie, und hauptsächlich für Nicht-Konstantzer, und nur dann für Konstantzer Bürgerkinder bestimmt, wenn keine qualifizierten Nicht-Konstantzer vorhanden sein sollten; auch sollen die Stipendiaten die Cetera hören. Diejenigen Studierenden Böhlinge, welche auf Verleihung Anspruch machen zu können glauben, haben ihre Gesuche, mit den erforderlichen Studien-, Sitten- und Vermögenszeugnissen, binnen 4 Wochen bei unterfertigter Stelle einzureichen. Konstantz, den 3. Februar 1870. Verwaltungsrath der Distriktsstiftungen. Lang. L. Reiner. Pfaff. Boldebrauer.

249. Nr. 171. Konstantz. Erledigtes Stipendium. Bei der Größlich von Wolfegg'schen Stiftung zu Konstantz ist ein Stipendium, im Betrage von jährlich 150 fl., zu vergeben. Rücksichtlich der Vergabe dieses Stipendiums gelten folgende Bestimmungen: Dazu vereinschaften sich katholische Studierende aller wissenschaftlichen und technischen Fächer, welche tüchtig sind und die dritte Klasse einer gelehrten oder höheren Bürgerschule absolviert haben. Der Stipendiat behält den Genuss des ihm einmal verliehenen Stipendiums im Falle der Würdigkeit und Thätigkeit bis zur Vollendung seiner Studien. Wolfegg'sche Unterthanen sind vorzugsweise zu berücksichtigen. Diejenigen, welche auf diesen Stipendiums Anspruch machen zu können glauben, haben ihre Bittgesuche mit den erforderlichen Studien- und Sittenzugnissen binnen 4 Wochen bei unterfertigter Stelle einzureichen. Konstantz, den 3. Februar 1870. Verwaltungsrath der Distriktsstiftungen. Lang. L. Reiner. Pfaff. Boldebrauer.

2379. Lausanne. Verkauf einer Dampf-Säge. Dienstag den 15. März 1870, 2 Uhr Nachmittags, wird auf der Place Chauderon in Lausanne der Liquidator der Fallimentmasse, Henri Roy, eine prachtvolle Dampf-Säge mit Maschine von 8 Pferdekraft, nebst Gebäulichkeiten, Stallungen und Platz, gerichtlich versteigern lassen. Dieses Anwesen, von neuester Konstruktion, befindet sich im besten Zustande und wäre seiner vorzüglichen Lage halber zu jedem andern Industriezweige geeignet. Gerichtlichliche Taxe Fr. 78,000. Die Kaufbedingungen sind bei dem Unterzeichneten, sowie bei dem Greffe du Tribunal in Lausanne aufgelegt. Lausanne, den 15. Februar 1870. Der Liquidator: Sigd. Gay.

Für Wirth. Die kommenden Frühjahre ist ein Mineralbad in der Nähe einer Kreisbauerschaft zu verpachten. Näherer Auskunft hierüber erteilt die Expedition dieses Blattes unter Nr. 2249. 2.250.

Sanitätswürdigung. Dr. A. Kayser, prakt. Arzt, Dr. Glück, prakt. Arzt, Dr. Justi, prakt. Arzt, Dr. J. Karbhel, Regiments-Arzt. Herrn Hoflieferanten Johann Hoff's Filiale in Köln. Herr, am 10. Dezember 1869. Ich habe Ihr Malz-Extract bei meinen Patienten schon mehrmals mit bestem Erfolg angewandt. Diesmal will ich es für meine eigene leidende Frau haben, und bitte um Zusendung etc. Dr. med. August Kayser, prakt. Arzt. Heiligenhaus, Kr. Elberfeld, 3. November 1869. Ich kenne Ihr Malz-Extract seit 20 Jahren in der Praxis und habe dasselbe viel angewandt, in unserer Gegend wird dasselbe erst recht von Wirkung sein, da hier viele Lungenerkrankungen und Schwachheitszustände vorkommen. Dr. Glück, prakt. Arzt, Bundarzt und Geburtshelfer. Dr. J. Karbhel, Regiments-Arzt in Kockemet, schreibt: Das durch Diarhoe abgemagerte Kind, ein Säugling, wurde durch den alleinigen Gebrauch Ihres Malz-Chocoladen-Pulvers wieder gekräftigt und eine 67-jährige Greisin, mit den Symptomen einer Gehirnverwundung, wurde durch den Genuss Ihres Malz-Extracts und Ihrer Malz-Chocolade einer verderblichen Krankheit entzogen. Ich bin bei Wiesbaden, den 22. November 1869. Bei einzelnen Kranken war Ihr Malz-Extract-Gesundheitsbier von sehr günstigem Erfolge. Dr. med. Justi. Niederlage in Karlsruhe bei Herrn W. Hirsch, Kreuzstraße Nr. 3.

2353. So eben ist erschienen: Vollständige Anciennetats-Liste der Grossherzogl. Badischen Offiziere vom General bis incl. Secunde-Lieutenant mit Angabe des Datums der Erneuerung zu den früheren Chargen. Preis 27 fr. A. Bielefeld's Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

Prämien-Anleihe der Stadt Bari (Italien). Jede Obligation im Nominalbetrag von Lire 100. muß mit Lire 150. — oder ca. Rthlr. 40. — im Laufe der Zeichnung rückerloost werden. Außerdem nimmt jede Obligation an 180 Prämien-Ziehungen Theil, wobei die Prämien von 500,000, 300,000, 150,000, 20mal 100,000, 70,000, 60,000, 50,000 Lire u. s. f. gewonnen werden müssen. Nächste Ziehung am 10. April d. J. Durch die bis jetzt bei keinem andern Loos-Anleihen bestehende Anstalt, daß jede Obligation, selbst wenn sie schon mit Lire 150. — rückgezahlt worden ist, dennoch an allen weiteren Prämienziehungen Theil nimmt und mithin eine unbefristete Anzahl Gewinne erlangen kann, bietet dieses Anleihen einen bisher noch nicht dagewesenen Vortheil. Original-Obligationen zu fl. 39. oder Rthlr. 22. 10 Sgr. (Pläne gratis) empfehlen Moriz Stiebel Söhne Bank- und Wechsel-Geschäft in Frankfurt a. M. An- und Verkauf aller Anleihen-Loose, Staatseffekten etc. zum Börsencourfe.

Pension für Töchter gebildeter Stände von den Damen Peter in Neuveville bei Neuchâtel (Schweiz). 2382. Das Erben bei der Leitung unseres seit Jahren bestehenden Institutes ist dahin gerichtet, den uns anvertrauten jungen Mädchen eine sittlich-religiöse Erziehung mit gründlicher Ausbildung zu verschaffen. Der Unterricht umfaßt vorzugsweise französische Sprache, auch englische Sprache und alle übrigen Lehrgegenstände einer guten zeitgemäßen Bildung. Schönes Wohnhaus in reizender Lage am Bieler See, gesunde klimatische Verhältnisse, kräftige Nahrung, liebevolle Behandlung, sorgsame Aufsicht, Familienleben. Preis 750 Franken. Empfehlungen und nähere Auskunft sind nachstehende Herren an Ansuchen zu geben bereit: Herren Domänen-director von Bösch, Bauath Lang, Director Schulhaus, Oberstlieutenant Wagner, Postdirector Berner in Karlsruhe, Kreis- und Hofgerichts-Director Schneider in Konstantz, Dr. Raß, Arzt in Oppenau, Dr. Schneider, Arzt in Obergirch.



1000 Stück: Hochfeine Havanna Seedlaef flor Cabannas 48 fl., Hochfeine Bittar Havanna Kronen Regalia 36 fl., Hochfeine Bittar Havanna Tip Top 32 fl., Superfeine Manilla Cuba 28 fl., Superfeine Bittar Xara Castanon 24 fl. Alle Sorten sind gut gelagert, von feinsten Qualität und schöner Arbeit, so daß diese den importirten Havanna-Cigarren, welche 3-4 mal mehr kosten, nicht nachstehen. Probefrischen a 250 Stück pro Sorte versenden franco, bitten aber, uns unbekannt Abnehmer den Betrag der Bestellung beizufügen oder Postnachnahme zu gestatten. Um Verwechslung mit ähnlichen Firmen zu vermeiden, bitten zu adressiren: Friedrich & Comp., Cigarrenfabrik, Leipzig. 2.374.

Jedem Loosbesitzer sendet A. Dann in Stuttgart gegen 12 würrt. oder fremde Kreuzermarken die neueste Verlosungsliste über alle bis 1. Januar 1870 gezogenen Serienlose nebst Verlosungskalender für 1870 franco zu. Auch steht derselbe Loose etc. in allen früheren Zeichnungen a 6 fr. per Stück nach, bei Partien a 3 fr. 2.384.

Das das Anatherin-Mundwasser des Zahnarztes Dr. J. G. Popp in Wien gegen das Bluten des Zahnfleisches und den üblen Geruch hohler Zähne mit bestem Erfolge in meinem Hause gebraucht wurde, beständige ich hiermit. Peter Maljencz m. p. Vice-Gespan. Zu haben in Karlsruhe: F. Wolff u. Sohn (Langestr. Nr. 104); in Baden-Baden: J. Bihl-artz, Großh. Hofapotheker; in Lörzach: J. V. Kalame; in Mannheim: Frz. A. Daur; in Konstantz: Melkin & Co.; in Heidelberg: Dr. Büding, Apoth.; in Hehl: Apoth. Hermann; in Rastatt: L. A. Lang; in Pforzheim: F. Frantwein; in Berlin: J. F. Schwarzlose Söhne, Hauptdepot für den Zollverein. 2.265.

Sommer, Zahnarzt, künstliche Zähne und ganze Gebisse in Kautschuk oder Metall. Ausfüllen hohler Zähne mittelst eines Zahn-Cementes, der den natürlichen Zähnen täuschend ähnlich ist. — Mittel gegen Zahnschmerz, ohne Anzuehen. 2.260.

Perfekt haben sich die bei uns eingeführten Patent-Breiwidelformen, da ohne diese unmöglich Cigarren gefertigt werden könnten. Es beweisen dies auch die sich täglich mehrenden Nachbestellungen, um so mehr, da wir vor längerer Zeit Gelegenheit hatten, große Partien Havana-Tabake aus einer Concurranz billig zu kaufen und deshalb unsere Fabrikate mindestens 30 — 35% billiger verkaufen. Wir können mit Recht als ausgezeichnet und höchst preiswerth empfehlen per 2.342.

Stellegesuch. 2342. Ein gebildeter Mann, welcher eine schöne und geläufige Handschrift schreibt, sucht Verhältnisse halber Stellung auf einem Bureau. Offerten unter Chiffre A. B. 100 besorgt die Expedition dieses Blattes.

Commisstelle. Es wird ein militärischer, junger Mann, von respectabilem Aeußeren, der wo möglich Kenntnisse von Tafel- und Hohlglas besitzt, auch etwas französisch spricht und mit allen Comptoir-Arbeiten vollständig vertraut ist, gesucht. Nur solche, die ganz gut empfohlen werden können, finden Berücksichtigung. Der Eintritt kann Ende April erfolgen. Franco-Offerten unter S. L. Nr. 999 poste restante Frankfurt a. M. 2.364.

Lehrlingsgesuch. In unserm Strohanufaktur- und gemischten Waaren-Geschäft kann ein mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenes braver junger Mann sogleich in die Lehre treten. Furtwangen. Jos. Duffner Söhne.

Geld auszuleihen. 15,000 fl. sind gegen wenigstens doppelt Verlass in guten Verhältnissen auf dies Unterjand sogleich auszuleihen. Kapitalausgaben wollen sich mit Verlagsheinen alsbald wenden an C. Fredele, Geschäftssagent in Baden-Baden. 2.210.

Fischler in halbrter Kasten-Arbeit durchaus erfahren finden gegen hohen Akkordlohn dauernde Beschäftigung in der Webfabrik von G. Pallenberg in Köln a. Rh. 2.288.

Central-Ausfunfts-Bureau über Credit-Geschäfts-Verhältnisse der gesamten Manufactur-, Posamentier- und Kurzwaaren-Branchen Europas von J. Bender in Berlin, Jungstraße 17. 2.190. Profekt mit ersten Referenzen auf Verlangen gratis. 2.214. Georgen bei Friedrichshafen. Der Unterzeichnete ist beauftragt, eine 15 Minuten von Friedrichshafen entfernte, sehr gut gelegene, gangbare Real- und Sommerwirthschaft, mit schönen massiven Gebäulichkeiten, nebst Gartenwirthschaft und gedeckter Regalbahn, wegen Familienverhältnissen zu verkaufen. Zu dieser Wirthschaft gehören 17 Morgen der besten Güter, worunter 8 Morgen Gras- und Baumgarten, auf welchem 200 tragbare junge Bäume stehen, ferner 8 Morgen Ackerfeld und 1/2 Morgen 3-jährige Hopfen. Die Gebäude sind mit 7000 fl. in der Brandversicherung. Mit dieser Wirthschaft ist auch ein frequenter Gyps-Handel verbunden und wird ein Kapital von 3 bis 4000 fl. umgelegt, ebenso eine Milchwirthschaft, so daß jedem tüchtigen Mann mit entsprechendem Vermögen und den billigen Kaufbedingungen ein gutes und rentables Geschäft in Aussicht steht. Preis mit Wirthschaftseinrichtung 16,000 fl. Ferner ein Gut mit 154 Morgen, eines mit 100 Morgen sammt Fabrik, eines mit 84 Morgen, eines mit 50 Morgen. Eine Bierbrauerei mit 70 Morgen, eine Bote mit 25 Morgen, je mit Fabrik. Diese Güter liegen meistens 1/4 Stunde von einer Stadt entfernt, theils in größeren Orten am See, fast alle arrenbirt. Näheres erteilt auf frankirte Anfragen G. Lig. Den 16. Februar 1870.

Bürgerliche Rechtspflege. 2.386. Nr. 1744. Wallbörn. Den E. Schulnern des Georg Friedrich Krämer, junior, von Wallbörn, über dessen Vermögen wir die Gant eröffnet haben, wird aufgegeben, bei Vermeidung nochmaliger Zahlung ihre Schuldscheine vorerst nicht heimzuzahlen. Wallbörn, den 25. Februar 1870. Großh. bad. Amtsgericht. G e b e r l e. 2.387.

Strafrechtspflege. Ladungen und Fahndungen. 2.367. Nr. 2378. St. Blasi. Eduard Grisch von Schwab ist der Falschung einer Privatursache aus Gewinnlust, z. N. des Peter Bodstaller von Wimbberg, und der Entwendung verschiedener Gegenstände, im Gesamtwerte von 34 fl. 31 kr., und damit des Rückfalls in den gemeinen Diebstahl angeklagt. Derselbe wird hiemit aufgefordert, sich binnen 3 Wochen dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntniß gefällt würde. St. Blasi, den 24. Februar 1870. Großh. bad. Amtsgericht. S p e r t. 2.380. Nr. 4326. Pforzheim. Christian Hättich von Pforzheim ist der unter erwiderten Umständen verübten Entwendung einer Wunde des Affordanten Schöder in Weissenheim angeklagt, hat sich aber der Untersuchung durch die Flucht entzogen; derselbe wird aufgefordert, sich binnen drei Wochen beim Untersuchungsgericht hier zu stellen, widrigenfalls nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntniß gefällt werden soll. Zugleich bitten wir um Fahndung auf Hättich und Einlieferung im Vernehmungsfalle. Pforzheim, den 24. Februar 1870. Großh. bad. Amtsgericht. G r i n e r. 2.352. Nr. 908. Rastatt. Refrkt Karl Georg Schmidt, welcher der ihn ergangenen Marschordre keine Folge geleistet hat, wird hiemit aufgefordert, sich binnen längstens drei Wochen beim 3. Infanterieregiment in Rastatt zu stellen, ansonst das Dekretionsverfahren gegen ihn eingeleitet werden wird. Rastatt, den 24. Februar 1870. Großh. Bezirks-Kommando des Landwehr-Bataillons Rastatt Nr. 5.

Bekanntmachung. 2.317. Karlsruhe. Die Telegraphenstationen zu Mühlingen, Sanddorf, Schwandeneuth und Zigenhausen sind mit beschränktem Tagesdienste auch für den allgemeinen Verkehr eröffnet worden. Karlsruhe, den 22. Februar 1870. Direktion der Großh. Telegrafenanstalten. Z i m m e r. 2.368. Karlsruhe. Soumissionsangebot. Die Lieferung von jährlich etwa 300 Ries Papier zu Impressen soll im Soumissionswege unter folgenden Bedingungen vergeben werden: 1) Das Ries Papier muß 10 badische Pfunde wiegen; 2) das Papier muß ziemlich weiß, gut geleimt und satiniert sein; 3) die jeweiligen Lieferungen müssen nach Bedarf und losentzerrt zur Druckerei in Karlsruhe geschickt werden; 4) die Soumission, welcher ein Papiermuster angehängt ist und der Preis für das Ries angegeben sein muß, ist längstens den 14. März, Morgens 11 Uhr, bei der unterzeichneten Stelle einzureichen; 5) für den Fall eine Lieferung nicht entspricht, ist der Lieferant verbunden, dieselbe auf seine Kosten zurückzunehmen. Karlsruhe, den 24. Februar 1870. Expeditor Großh. Domänen-Direktion. F. M e e r w a r t h.